

**Deutscher
Gewerkschaftsbund**

Bundesvorstand

Bereich
Bildung, Qualifizierung,
Forschung

20.08.2009

Sieben Thesen zur Zukunft des Übergangssystems



Herausgeber:
DGB-Bundesvorstand
Bereich:
Bildung, Qualifizierung,
Forschung

Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin
Postanschrift:
Postfach 11 03 72
10833 Berlin

Telefon 030-240 60-297
Telefax 030-240 60-410
e-mail
mathias.anbuhl@dgb.de

Sieben Thesen zur Zukunft des Übergangssystems

- 1. Der Begriff Übergangssystem ist irreführend.** Jahr für Jahr verschwinden rund 500.000 Jugendliche im so genannten „Übergangssystem“ zwischen Schule und Beruf. Sie erhalten keinen betrieblichen Ausbildungsplatz. Diese Jugendlichen landen in Warteschleifen, in kurzfristigen Maßnahmen – ohne Chance auf eine voll qualifizierende Ausbildung. Der Begriff Übergangssystem ist dabei irreführend, denn in diesem Sektor wird weder ein **Übergang** organisiert, noch lässt sich irgendeine **Systematik** erkennen. Wir haben es vielmehr mit einer Grauzone, einem Dschungel aus verschiedenen Maßnahmen zu tun. Diesen Dschungel zu lichten wird eine wichtige bildungspolitische Aufgabe in den kommenden Jahren sein, der sich auch die Gewerkschaften stellen.
- 2. Wir sollten nicht auf den demographischen Wandel warten.** Einige Experten, Politiker und Lobbyisten prognostizieren, dass mit dem Rückgang der Zahl der Bewerberinnen und Bewerber eine Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt eintreten wird. Der demographische Wandel werde die Bedeutung des Übergangs Schule Beruf schrumpfen lassen, heißt es. Es ist zu befürchten, dass diese Annahme falsch ist. Schon heute klagen viele Betriebe, dass Ausbildungsplätze unbesetzt bleiben – und trotzdem münden Jahr für Jahr erneut hunderttausende Jugendliche in Warteschleifen-Maßnahmen ein. Auch in Regionen, in denen der demographische Wandel schon spürbar ist, bleiben Ausbildungsplätze unbesetzt. Die Einschätzung der Prognose-Studie, dass der drohende Fachkräftemangel viele Betriebe nicht zu einem anderen Ausbildungsengagement bewegen wird, ist zumindest in Teilen nicht unrealistisch. In der Konsequenz bedeutet das: Wir müssen gerade die Unterstützung für Jugendliche mit schlechten Startchancen intensivieren, ansonsten wird das Problem des Übergangs Schule Beruf seine Bedeutung nicht verlieren.
- 3. Wir sollten nicht auf ein besseres Schulsystem warten:** Geht es um die Lage auf dem Ausbildungsmarkt, klagen vor allem die Arbeitgeber über angeblich nicht-ausbildungsreife Jugendliche. Oft wird diese Klage mit dem Hinweis verbunden, dass unsere Schulen die Jugendlichen besser ausbilden müssten, dann würde auch die Ausbildungsbereitschaft der Wirtschaft steigen. Selbstverständlich gibt es hohen Handlungsbedarf im gesamten Bildungswesen. Wir brauchen mehr und bessere Kindergärten, eine bessere Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher, mehr Ganztags-schulen. Wir sollten auf die unsinnige frühe Auslese im gegliederten Schulwesen verzichten. Wir brauchen mehr individualisierten Unterricht in den Klassenzimmern. Natürlich müssen die einzelnen Sektoren des Bildungswesens besser zusammenarbeiten. Trotzdem: Bis tiefgreifende Veränderungen in der frühkindlichen Bildung und in den Schulen greifen, vergehen Jahre - wenn nicht Jahrzehnte. Jede Generation der Schulabgängerinnen und Schulabgänger hat aber ein Recht auf eine gute Ausbildung, die ihr Lebensperspektiven eröffnet. Wir sollten deshalb nicht auf ein „Schwarzer-Peter-Spiel“ verfallen und mit dem Finger auf die Schulen zeigen. Jedes Segment des Bildungswesens hat seine eigene Verantwortung für die Jugendlichen und muss dieser Verantwortung gerecht werden. Ziel muss es deshalb sein, jedem Jugendlichen zu einem erfolgreichen Berufsabschluss zu führen – und zwar unabhängig davon, wie zuvor seine Schulkarriere verlaufen ist.
- 4. In den Schulen muss Berufsorientierung fest verankert werden.** Bereits in den Schulen müssen die Jugendlichen besser auf die Berufswahl vorbereitet werden. Die Berufsorientierung muss gemeinsam mit einer umfangreichen Beratung und Begleitung der Berufswahl zu einem Pflichtangebot in allen Schulen ausgebaut werden. Sie muss spätestens in der 7. Klasse beginnen – und das in allen Schulformen - auch in den Gymnasien. Dafür muss die Berufsorientierung stärker in der Lehreraus- und -fortbildung berücksichtigt werden. Zudem müssen Betriebe, Schulen, Bundesagentur für Arbeit und alle weiteren Akteure des Ausbildungsbereichs kooperieren: mit flächendeckenden, zielgruppenorientierten und professionellen Beratungsangeboten beim Übergang von der Schule in die Arbeitswelt.

5. Jugendliche mit schlechten Startchancen besser fördern: Vor allem Jugendliche ohne Schulabschluss oder mit einem schlechten Hauptschulabschluss fällt der Sprung in eine Ausbildung schwer. Sie werden schlecht in den Ausbildungsmarkt integriert. Sie werden auf das Übergangssystem zwischen Schule und Beruf verwiesen, ohne dass sie eine vollqualifizierende Ausbildung erwerben können. So wird der Start ins (Berufs-)Leben erschwert, Lebenszeit und Ressourcen werden verschwendet, Resignation und Perspektivlosigkeit sowie soziale Ausgrenzung werden gefördert. Dabei wollen die Gewerkschaften das duale System stärken. Wir schlagen dafür folgende Maßnahmen vor:

- **Ausbildungsbegleitende Hilfen:** Es ist zu befürchten, dass gerade in der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise immer weniger Unternehmen Jugendliche mit schlechten Startchancen ausbilden. Deshalb sollten ausbildungsbegleitende Hilfen zu Regelangeboten für die Betriebe ausgebaut werden. Ausbilder und Lehrer sollen für jeden einzelnen Auszubildenden den Bedarf ermitteln. Betriebe, überbetriebliche Lehrwerkstätten und Träger bieten Fördermaßnahmen an. Dazu muss die Bundesagentur für Arbeit ihr Leistungsangebot steigern, die Länder sollten sich auch an der Finanzierung beteiligen. Ausbildungsbegleitende Hilfen entlasten Betriebe und erhöhen die Abschlusschancen für Jugendliche.
- **Ein Integrationspaket für junge Migrantinnen und Migranten:** Um die Ausbildungschancen junger Migranten zu stärken, schlagen die Gewerkschaften ein Integrationspaket vor. In lokalen Bündnissen aus Gewerkschaften, Wirtschaft, BA, Schulen und Migrationsverbänden sollen folgende Maßnahmen angepackt werden: Erhöhung des Anteils an Berufsberatern der Bundesagentur für Arbeit (BA) mit Migrationshintergrund, Fort- und Weiterbildung des Beratungspersonals hinsichtlich interkultureller Kompetenzen, mehr Qualifizierungsangebote für betriebliches Ausbildungspersonal zur spezifischen Förderung von Auszubildenden mit Migrationshintergrund, Sprachförderung für Auszubildende, Nutzung des Instruments der Berufseinstiegsbegleitung zur individuellen Übergangsbegleitung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund (Ausbildungspatenschaften), Einwerben von Ausbildungsplätzen für Migrantinnen und Migranten.
- **Berufseinstiegsbegleitung:** Das neue Instrument der Berufseinstiegsbegleitung zur individuellen Unterstützung junger Menschen beim Übergang von der Schule in Ausbildung ist zu erweitern und zu verstetigen. Mit der Maßnahme sollen Jugendliche gezielt und frühzeitig unterstützt werden, die voraussichtlich Schwierigkeiten haben werden, den Abschluss der Allgemeinbildenden Schule zu erreichen und den Übergang in eine berufliche Ausbildung zu bewältigen. Vorbild sind die vielen erfolgreichen Ausbildungspatenschaftsprojekte von Verbänden, Vereinen, Kirchen, Gewerkschaften und anderen Organisationen. Die entsprechenden lokalen Initiativen sollten überregional vernetzt werden, auch um erfolgreiche Beispiele als „Best-Practice“-Modelle in anderen Regionen bekannt zu machen (vgl. etwa die Initiative „Hauptschülern eine Chance geben“ in der Region Heilbronn). Jugendliche mit Migrationshintergrund sollten einen besonderen Schwerpunkt der Förderung darstellen.
- **Instrumente zur Benachteiligtenförderung evaluieren:** Bund, Länder und Bundesagentur für Arbeit (BA) investieren erhebliche Mittel ins sogenannte Übergangssystem sowie in die Förderung von Ausbildung benachteiligter Jugendlicher. Über die Effektivität dieser Maßnahmen wissen wir allerdings sehr wenig, weil es keine übergreifende Evaluation gibt. Dies erschwert strukturelle Reformen im Übergangssystem zur Steigerung der Wirksamkeit und Transparenz der Fördermaßnahmen. Als ersten Schritt einer solchen Reform sollten daher die Förderansätze und -programme des Bundes und der BA im Bereich der Ausbildungs-, Berufsvorbereitungs- und Benachteiligtenförderung umfassend wissenschaftlich evaluiert und ausgewertet werden.

6. Modularisierung ist keine Hilfe für die Jugendlichen: Wir brauchen eine Reform der beruflichen Bildung, die am Berufsprinzip festhält. Nur so wird eine berufliche Hand-

lungs- und Gestaltungskompetenz gesichert, die die Auszubildenden für die Anforderungen der modernen Arbeitswelt qualifiziert. Eine Modularisierung und Zergliederung der Ausbildung in kleinste Einheiten, wird den Jugendlichen keine verlässlichen Perspektiven eröffnen. Das Lernen im Prozess der Arbeit kann nicht segmentiert werden. Reflektiertes Lernen im Arbeitsprozess ist ein kontinuierlicher Prozess, den man nicht häppchenweise vermitteln kann. Wenn man Jugendlichen beim Übergang Schule Beruf helfen will, muss man andere Wege gehen. Mir persönlich erscheint das Hamburger Modell zur Reform des Übergangssystems interessant. Es soll Jugendlichen, die keinen betrieblichen Ausbildungsplatz finden, mit einer Ausbildungsgarantie eine Perspektive bieten. Dieses System soll Ergänzung des dualen Systems sein, ist aber nicht modular geordnet. Es soll alle Maßnahmen des Übergangs Schule Beruf ersetzen. Dieses Modell setzt – bei allen offenen Fragen - wichtige neue Impulse. Die Gewerkschaften in Hamburg haben diesem Vorschlag unter bestimmten Voraussetzungen zugestimmt.

7. Die Gewerkschaften stellen sich ihrer Verantwortung: Die Gewerkschaften haben gerade die Situation der Jugendlichen mit schlechten Startchancen im Blick – auch in der Tarifpolitik. Ein Beispiel ist der „Tarifvertrag zur Förderung von Ausbildungsfähigkeit“ (TV FAF). Diesen Tarifvertrag hat die IG Metall NRW erstmals für die Metall- und Elektroindustrie abgeschlossen. Das Ziel: Die Tarifvertragsparteien beklagen nicht die angeblich mangelnde Ausbildungsfähigkeit der Jugendlichen, sondern sie bieten gerade den jungen Menschen mit schlechten Startchancen eine echte Perspektive auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz. In einer Förderphase, die bis zu einem Jahr dauern kann, sollen die Jugendlichen auf ihre Ausbildung vorbereitet werden. In dieser Zeit sollen durch gezielte Förderung (z.B. Abbau schulischer Defizite durch sozialpädagogische Begleitung) ihre Chancen auf eine erfolgreiche Ausbildung gestärkt werden. Die Jugendlichen sind schon in dieser Phase in die Belegschaft integriert. Das fördert Motivation. Wer die Förderzeit erfolgreich durchlaufen hat, hat den Anspruch auf Übernahme in ein „normales“ Ausbildungsverhältnis. So werden neue Wege in die betriebliche Ausbildung geschaffen.

Berlin, 29. Juni 2009
Matthias Anbuhl